Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 11: Energiekrise, Verkehr, Umweltschutz

Artikel: Ist eine umweltgerechte Ökonomie möglich?
Autor: Bittig, Bernhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162885

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zürcher Zeitung vom 18. November 1973, Sonntagausgabe, betitelt «Nutzen und Kosten des Automobils». – [4] In meinem Artikel «Aktuelle Probleme der Verkehrswirtschaft» in der Neuen Zürcher Zeitung vom 13. November 1973, Mittagausgabe, sind eine Anzahl solcher Fälle aufgezeigt worden. – [5] Ein schlimmes Beispiel dafür ist der mit unredlichen Argumenten durchgezwängte Bau des Furka-Basis-Bahntunnels. Vgl. darüber meinen Artikel in «Der Bund» vom Sonntag, 2. Dezember 1973, «Warum der Furka-Basistunnel verfehlt ist». – [6] Prof. Dr. Rainer Willeke, Direktor des Verkehrswissenschaftlichen Instituts an der Universität Köln, in Nr. 1/1973 der Institutsinformationen. – [7] Diesem Problem kann hier nicht nachgegangen werden. Verwiesen sei auf das Buch «Wissenschaftliche Beratung der verkehrspolitischen Planung», herausgegeben zum fünfzigjährigen Jubiläum des Instituts für Verkehrswissenschaft an der Universität Köln, und dort auf den Artikel «Formen, Wirksamkeit und Probleme wissenschaftlicher Beratung der Verkehrspolitik in der Schweiz» (Verlag Handelsblatt GmbH, Düsseldorf 1971). – [8] Vgl. die Sonderseite in «Der Bund» vom Montag, 18. Juni 1973. – [9] In «Schweizer Monatshefte», 53. Jahr, Heft 8, November 1973. – [10] Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27. November 1973, Morgenausgabe. Teilweise mussten diese Vorschriften inzwischen wegen der Erdölkrise gemildert werden; denn einzelne der hier in Frage stehenden technischen Massnahmen bedeuten höheren Treibstoffverbrauch bei geringerer Motorenleistung. – [11] Walter Wittmann und Ulf Bülte, «Die sozialen Kosten des Automobils in der Schweiz», Vervielfältigung, Fribourg 1973. – [12] Jedem Fachmann ist dabei bekannt, dass die Erfassung der Nutzenkomponenten noch weit schwieriger und problematischer ist als jene der Kostenkomponenten.

BERNHARD BITTIG

Ist eine umweltgerechte Ökonomie möglich?

Die im Titel gestellte Frage wird von den meisten Ökonomen spontan bejaht. Die Wirtschaftswissenschaften verfügen über Instrumente, mit welchen zumindest theoretisch alle ökonomischen Probleme lösbar sind. Trotzdem hat die Frage eine gewisse Berechtigung, weil gerade in der heutigen Zeit Umweltschäden und -verschlechterungen zu beobachten sind, welche eine gewisse Unstimmigkeit zum erreichten Wohlstandsniveau darstellen. Für jedermann feststellbar sind insbesondere Luftverschmutzungen (zum Beispiel Dunstglocken über den Städten), Gewässerverschmutzungen (zum Beispiel schlechter Geruch, Schaumbildung, Badeverbot) und Lärmbelastungen des Menschen (zum Beispiel durch Autobahnen auf Stadtgebiet). Dem natur-

verbundenen Menschen fällt aber auch die Zersiedlung unserer Landschaft mit verschiedensten Bauten sowie eine Verminderung der kulturellen Landschaft durch das Verschwinden alter Häuser, Meliorationen u. a. m. auf. Alle diese Betrachtungen werden heute unter dem Begriff Umweltschutz analysiert, und ein umweltgerechtes Verhalten müsste wohl einerseits die Verminderung oder Verhinderung von schädlichen Emissionen und Immissionen sowie anderseits die Erhaltung der natürlichen und kulturellen Landschaft umfassen.

Was ist umweltgerechte Ökonomie?

Bevor auf die weiteren Probleme eingegangen wird, sollen kurz die Aufgaben der Ökonomie umschrieben werden:

1. Ermöglichung einer genügenden Versorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen. Da bekanntlich auf unserem Planeten eine Güterknappheit besteht, ist die Bedürfnisbefriedigung des Menschen beschränkt und verlangt wirtschaftliches Handeln der Individuen.

2. Die Ökonomie als Wissenschaft versucht, Güterproduktion und -verteilung zu erklären und Instrumente für eine allfällige Lenkung aufzuzeigen mit dem Ziel, eine möglichst hohe Volkswohlfahrt zu erreichen. Da die Volkswohlfahrt insgesamt nicht befriedigend umschrieben und festgelegt werden kann, wurde in der Ökonomie die Annahme getroffen, ein hohes materielles Bedürfnisbefriedigungsniveau entspreche auch einer hohen Volkswohlfahrt.

Der Begriff «umweltgerecht» beinhaltet ein Werturteil. Es gilt, über den Begriff gerecht oder ungerecht zu befinden. «Umweltgerecht» im heutigen Sinne der Umweltforschung beinhaltet die Anerkennung der natürlichen Begrenzung des menschlichen Daseins. Diese Begrenzung wird durch die Ökologie, das heisst der Wissenschaft vom Haushalt der Natur, aufgezeigt.

Es ist hier nicht der Raum, um einen Abriss über die Ökonomie zu geben. Hingegen drängt sich eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen des Umweltschutzes auf. Anhand des Anwendungsbeispiels «Wirtschaftswachstum» sollen Aufgaben, Methoden und Grenzen der Ökonomie erläutert werden.

Möglichkeiten und Grenzen des Wirtschaftswachstums

Es darf vorausgesetzt werden, dass die von der Umweltforschung für die nächsten hundert Jahre aufgezeigten Entwicklungsmöglichkeiten der

Menschheit bei unveränderter Entwicklung bekannt sind. Unveränderte Entwicklung soll heissen, dass die Zukunftsperspektiven nur mit dem heutigen Wissen, also unter Ausschluss gewisser zukünftiger Lern- und Erfindungsprozesse, erarbeitet wurden.

In den letzten zwanzig Jahren war das Wirtschaftswachstum die wesentlichste ökonomische Zielvorstellung. Diese Zielgrösse wurde von praktisch allen Ländern übernommen, und die wirtschaftspolitischen Massnahmen wurden entsprechend ausgerichtet. Dabei hat man sich an jährlich gleichbleibende Wachstumsraten gewöhnt, ohne sich vorerst Gedanken zu machen, wohin solche Entwicklungen führen könnten. Das Wachstum in gleichbleibenden jährlichen Wachstumsraten stellt ein exponentielles Wachstum dar. Es ist ohne weiteres einleuchtend, dass jedes Wachstum auf unserem Planeten langfristig nicht exponentiell verlaufen kann, sondern bei einem bestimmten Zeitpunkt einen Grenzwert erreichen wird. In der Biologie kann ein exponentielles Wachstum nur in der Frühphase einer Entwicklung beobachtet werden. Es geht schon bald in einen S-förmigen Verlauf über, das heisst es ist eine logische Wachstumskurve zu beobachten.

Für den Ökologen ist ein stetiges Wirtschaftswachstum eine Unmöglichkeit, währenddem es für den Ökonomen eine Errungenschaft und deshalb eine weiter zu verfolgende wirtschaftspolitische Aufgabe darstellt. So ermöglicht ein stetiges Wirtschaftswachstum eine gleichmässige Weiterentwicklung und friktionslose Umstrukturierung der Wirtschaft bei hoher politischer Stabilität.

Der geschichtliche Hintergrund des Wachstumsdenkens muss in den verschiedenen politischen Problemen vergangener Zeitepochen gesucht werden. Diese Probleme lassen sich zurückführen auf folgende Grundfragen: 1. Soziale Gerechtigkeit, 2. soziale Sicherheit und 3. soziales Gleichgewicht (*Glastetter*, 1971). Wird eine dieser Grössen gestört, so besteht die Gefahr eines sozialen Umbruchs (Revolution).

Nachdem Vorstellungen über das Wirtschaftswachstum bereits bei Adam Smith (1723–1790), David Ricardo (1772–1823) und Karl Marx (1818–1883) festzustellen sind, hat sich eine eigentliche Wachstumstheorie erst als Folge der grundlegenden Arbeiten von John Maynard Keynes (1936) herausgebildet.

Die *Wachstumstheorie* erforscht die Voraussetzungen für ein optimales Wachstum, wobei insbesondere das Verhältnis zwischen den Investitionen beziehungsweise dem Sparen und dem gegenwärtigen Konsum gesucht wird, um das Wachstum langfristig maximieren zu können (vgl. zum Beispiel *Frey*, 1970).

Die heute aktuelle neoklassische Wachstumstheorie hat dabei folgende Produktionsfunktion als Basis:

$$\boxed{Y = f(A, K, TF)}$$

Y = Volkseinkommen
A = Anzahl Arbeitskräfte
K = Kapital
TF = Technischer Fortschritt

Wird der technische Fortschritt als Konstante genommen, so kann festgestellt werden, dass das Sozialprodukt um so höher wird, je höher die Zahl der Arbeitskräfte und je grösser das Kapital ist. Umgekehrt ist die Zunahme des Volkseinkommens über den technischen Fortschritt auch bei konstantem Arbeitskräfte- und Kapitaleinsatz möglich. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass die Vermehrung des Volkseinkommens bis zu 90% durch den technischen Fortschritt bedingt sein kann (*Schröder*, 1972).

Den Nichtökonomen wird an der Produktionsfunktion auffallen, dass der Produktionsfaktor «Boden» nicht explizite erscheint. Da die Fläche des Bodens nicht (wesentlich) ausgedehnt werden kann, wird sie als konstant genommen oder bei allfälligen Veränderungen dem Kapital zugeordnet.

Als Masszahl für das Wirtschaftswachstum sind verschiedene Möglichkeiten vorhanden (vgl. *Frey*, 1972):

— Wachstum des realen Sozialproduktes (Bruttosozialproduktes)
— Wachstum des Konsums
— Wachstum von Sozialprodukt und Konsum pro Kopf der Bevölkerung
— Wachstum der Arbeitsproduktivität (pro Zeiteinheit)
— Wachstum des Nutzens aus dem Konsum

Die bekannteste Kennziffer der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes ist die Zunahme des realen Sozialproduktes pro Jahr. Das Sozialprodukt umfasst die während eines Jahres von einer Volkswirtschaft insgesamt produzierte und auf den Märkten mit Preisen bewerteten Güter und Dienstleistungen. Nachdem die Schweiz zum Beispiel zwischen 1950 und 1971 eine jährliche reale Zunahme des Sozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung von durchschnittlich 4,5% aufwies, rechnet die Prospektivstudie Kneschaurek mit einem weiteren jährlichen Wachstum von 3% bis 3,5% bis zum Jahre 2000. Dies bedeutet eine Verdoppelung rund alle 25 Jahre (*Kneschaurek*, 1970). Es ist einleuchtend, dass dieses exponentielle Wachstum nicht ad infinitum weitergehen wird. Bei einem dreiprozentigen Wachstum würde sich das Bruttosozialprodukt pro Kopf, welches 1970 in der Schweiz rund Fr. 15000.– betrug, im Jahre 2090 auf Fr. 480000.– belaufen ...

Das geschilderte Wachstumsdenken und die Wachstumskennziffer «Sozialprodukt» sind, wie bereits erwähnt, in der weltweiten Umweltschutz-

diskussion von nichtökonomischer Seite stark unter Beschuss geraten (*Forrester*, 1972; *Meadows*, 1972; *Goldsmith/Allen*, 1972).

Die Reaktionen von seiten der Ökonomie erstrecken sich von Ablehnung der «apokalyptischen» Thesen (*Bombach*, 1973) bis zur optimistischen Interpretation der Resultate unter dem Hinweis auf den nicht genügend berücksichtigten technischen Fortschritt und den in diesem Produktionsfaktor in Zukunft noch ungeahnt vorhandenen Umweltverbesserungs-Möglichkeiten (*Frey*, 1972).

Auseinandersetzungen zwischen Ökonomie und Umweltforschung

Aus ökonomischer Sicht bleibt zu erinnern, dass in der Wirtschaft alles von allem abhängt. Diese Interdependenzen machen die Zuhilfenahme von Modellen für die Erklärung komplexer Sachverhalte unumgänglich. Nun sind Modelle immer nur Teilbilder der Wirklichkeit, und die Resultate können nicht besser sein als die eingegebenen Daten. Die Aussagefähigkeit solcher Modelle ist somit beschränkt und eine Kritik an den Studien von Forrester und Meadows in dieser Hinsicht berechtigt.

Umgekehrt muss auch von einer Überschätzung des zukünftigen technischen Fortschritts im Hinblick auf Umweltverbesserungen gewarnt werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Menschheit für langdauernde Erfindungsprozesse nicht mehr genügend Zeit bleibt. Um diese Feststellung zu machen, genügt ein Hinweis auf die heutige Bevölkerungsexplosion.

Es ist deshalb gefährlich, von ökonomischer Seite auf den noch eintretenden technischen Fortschritt zu hoffen und die gesamte Umweltproblematik auf das Problem der thermischen Überlastung der Umwelt zu reduzieren (*Fritsch*, 1972; *Bombach*, 1973).

Unter diesem Blickwinkel wird angenommen, die Umweltverschmutzung nehme zum Wirtschaftswachstum unterproportional zu und ein genügendes Wirtschaftswachstum sei die Voraussetzung für die Finanzierung umweltverbessernder Massnahmen. Es wird dann von qualitativem Wirtschaftswachstum gesprochen (*Kneschaurek*, 1973). Eine solche Annahme ist in Anbetracht der sich bereits spürbar verschlechternden Umweltqualität, der lokal bereits auftretenden Energiekrise und anderer Frühindikatoren einer Umweltkrise unzulässig.

Die Auseinandersetzungen um die Umweltprognosen und die dabei feststellbare Diskrepanz zwischen Theorie und tatsächlicher oder vermuteter Entwicklung lässt sich mit einem kurzen Blick in die Vergangenheit gut relativieren. Es ist eine historische Erfahrung der Ökonomie, dass trotz hohen theoretischen Wissensstandes oft die Bezugspunkte zur tatsächlichen

Entwicklung verlorengehen. So hat die Theorie der liberalen Schule um Adam Smith die negativen Folgen des Wirtschaftsliberalismus nicht miteinbezogen. Es wurde einfach davon ausgegangen, dass alle wirtschaftlichen Handlungen dank dem Marktmechanismus zu einem Gleichgewichtszustand führen, welcher sowohl das einzelwirtschaftliche als auch das gesamtwirtschaftliche Optimum darstelle. Diese einseitige marktmässige Betrachtungsweise wurde dann von Sismondi, Marx, Engels u. a. aufgegriffen, und zwar aufgrund von Beobachtungen über die sozialen Ungerechtigkeiten des Frühkapitalismus, und in einer eigenen Theorie zu erklären versucht.

Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Umweltproblemen, wo Kapp zu Beginn der fünfziger Jahre bei einem historisch bis anhin noch nie erreichten materiellen Wohlfahrtsniveau eine erste Systematisierung von «Social costs» publizierte, welche auch Umweltschäden umfasste (*Kapp*, 1958). In diesen Jahren zeigte sich, dass das Schreckensgespenst der Arbeitslosigkeit der dreissiger Jahre endgültig gebannt war, und dass dank den Erkenntnissen von Keynes (1938) und der daraus abgeleiteten Wachstumstheorie die Menschheit paradiesischen Zeiten entgegenging. Und doch zeigten gerade die Untersuchungen von Kapp Missstände auf, welche in einem starken Gegensatz zur weitverbreiteten Auffassung über die «Beherrschung der Natur» durch den Menschen standen.

Seither ist die Auseinandersetzung in der Ökonomie um diese externen Effekte nicht mehr abgebrochen, wenn auch die Diskussion hauptsächlich im englischen Sprachraum geführt wurde (*Hanusch*, 1972). Unter Externalitäten werden dabei Effekte verstanden, die durch wirtschaftliche Tätigkeiten hervorgerufen werden, ohne marktwirksam zu werden. Gerade das Beispiel der Externalitäten zeigt, wie komplex eine ökonomische Theoriebildung für aussermarktmässige Erscheinungen sein kann, oder anders ausgedrückt, welch hohen Abstraktionsgrad marktmässige Betrachtungen aufweisen.

Aus dieser Optik dürfen ablehnende Stellungnahmen von Ökonomen gegenüber den Resultaten der Umweltforschung nicht allzu schwer gewichtet werden. Dogmengeschichtlich wird vermutlich die Umweltdiskussion in der Ökonomie eine neue Zeitepoche darstellen.

Synthese zwischen Umweltschutz-Diskussion und Ökonomie

Es soll der Versuch gewagt werden, eine Synthese zwischen der Umweltschutz-Diskussion und der Ökonomie durchzuführen. Das Ziel der Hebung der Volkswohlfahrt ist von Ökonomie und Ökologie unbestritten. Aus ökologischer Sicht darf aber unter der Wohlfahrt nicht nur der materielle Wohlstand verstanden werden, sondern immaterielle Werte wie schöne Landschaft, Kunst usw. müssen miteinbezogen werden. Aus ökologischer Sicht

sind Grenzwerte für Umweltbelastungen festzulegen. Die Ökonomie hat bei einer Wohlfahrtsteigerung die wirtschaftspolitischen Grundprobleme von sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit und Gleichgewicht weiterhin zu beachten. Sodann muss nebst dem allokativen auch der verteilungspolitische Aspekt von umweltpolitischen Eingriffen in die Wirtschaft berücksichtigt werden.

Ökonomisch kann festgehalten werden, dass umweltbezogene Prognosen und entsprechende Massnahmen langfristig sind. Es handelt sich dabei meist um Entscheide unter Unsicherheit. Werden nur die ökologischen Gesetzmässigkeiten beachtet, so können viele umweltbezogene Entscheide in Entscheide unter Risiko oder gar unter Sicherheit übergeführt werden. Eine Anerkennung der ökologischen Gesetzmässigkeiten erscheint somit auch unter dem entscheidungsorientierten Ansatz der Ökonomie sinnvoll zu sein.

Eine Synthese zwischen Ökonomie und Ökologie erscheint somit als möglich. Dabei hat sich aber die Ökonomie vollumfänglich den ökologisch gesicherten Restriktionen zu beugen. Der Fortbestand der Menschheit ist wichtiger als eine momentane Nutzenmaximierung.

Welche Alternativen bestehen aufgrund einer Synthese Ökonomie–Ökologie?

Die heute gültige wirtschaftspolitische Zielsetzung verlangt vom Staat Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und aussenwirtschaftliches Gleichgewicht bei ausgeglichenem Wirtschaftswachstum. Welche Ergänzungen werden nun notwendig, wenn die durch den Umweltschutz verlangten Restriktionen miteinbezogen werden?

Das magische Dreieck «Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und aussenwirtschaftliches Gleichgewicht» darf aus sozialen Gründen nicht angetastet werden. Ist nun das ausgeglichene Wirtschaftswachstum der Garant für die Verwirklichung der Zielsetzungen des magischen Dreiecks, so bleibt für Umweltrestriktionen praktisch kein Platz.

Es ist naheliegend, dass Ökologen mit ihren Massnahmen zuerst beim Wirtschaftswachstum ansetzen wollen. Für Naturwissenschafter ist ein unbeschränktes exponentielles Wachstum der Wirtschaft, das heisst ein künstliches Steckenbleiben in der Frühphase eines jeden natürlichen Wachstums, ein Ding der Unmöglichkeit.

Wie müsste nun ein ökologisch annehmbares Wachstum aussehen? Zuerst müsste das Sozialprodukt differenziert werden in einen umweltneutralen oder umwelterhaltenden Teil. Nur dieser dürfte noch Gegenstand des Wachstums sein. In diesen Teil würden die meisten Dienstleistungen, gewisse handwerkliche und industrielle Produkte sowie die Produkte einer biologisch ausgerichteten Landwirtschaft fallen. Der zweite Teil des Sozial-

produktes würde lebensnotwendige, aber umweltschädigende oder endgültig rohstoffverzehrende Produkte umfassen und wäre zu minimieren.

Die Produktionsfunktion würde folgende Grössen umfassen:

$$Y = f(A, K, B, UF)$$

wobei B (Boden, Natur) und UF (Umweltfortschritt) bedeuten sollen. In die Grösse UF wären Restriktionen für den Produktionsprozess (Minimalstandards, Toleranzen usw.) einzubeziehen. Die in Zukunft wichtigste Restriktion dürfte bei der Energie liegen. Dann folgen Abfallwiedergewinnung ohne Energie, Recycling usw. Unter Abfallwiedergewinnung ohne Energie ist dabei die direkte Wiederverwendung von Verpackungsmaterial (Flaschen, Kisten und anderes Gebinde) zu verstehen (vgl. *Maystre*, 1973). Diese Unterscheidung zum Recycling ist vor allem im Hinblick auf eine kommende Energiekrise wichtig.

Eine Betrachtung der Restriktionen lässt vermuten, dass in Zukunft eine wesentliche Verlagerung der Tätigkeiten zum Tertiärsektor stattfinden wird. Das Wachstum im bisherigen Sinne, das heisst die stetige Zunahme der Güterproduktion, dürfte bei hochentwickelten Volkswirtschaften weitgehend aufhören. Ob es dann als Nullwachstum oder Negativwachstum bezeichnet werden soll, ist weitgehend eine Begriffssache. Um keine falschen Vorstellungen zu wecken, wäre ein Ersatz des Begriffs «Wirtschaftswachstum» durch «Wohlfahrtswachstum» vorteilhaft. Interessanter wären die Auswirkungen:

1. Ein Grossteil der Bevölkerung würde unzufrieden, da die Substitution von materiellen Gütern durch immaterielle nicht den bisherigen Vorstellungen von Sozialprestige (= Besitz) entspräche.

2. Ist die Verlagerung zum Tertiärsektor noch mit starken regionalen, sektoriellen oder individuellen Umverteilungen verbunden, wird die Unzufriedenheit entsprechend gefördert, da regionale, sektorielle oder allgemeine Arbeitslosigkeit und Verarmung eintreten könnten.

Um eine Umweltpolitik erfolgreich durchführen zu können, müssten die Verlierer für ihre materielle Einbusse durch immaterielle Güter entschädigt werden, oder sie müssten zumindest den Eindruck des subjektiv Bessergestelltseins haben (zum Beispiel durch schöne Landschaft, Musik, Spiele, mehr Freizeit u. a. m.). Kann dies nicht erreicht werden, wird die Umweltpolitik bei Mehrheitsentscheiden umgestossen.

Würde die Durchsetzung einer solchen Umweltpolitik Erfolg haben, so hätte dies auch positive Auswirkungen auf weniger entwickelte Volkswirtschaften. Diese wären besser in der Lage, ihre eigene Identität zu finden. Allerdings wäre eine Umweltpolitik der reichen Länder nur glaubwürdig,

wenn zugleich auch den weltweiten Verteilungsproblemen die nötige Beachtung geschenkt würde. So dürfen internationale Umweltschutzkonventionen zwischen Ländern mit hochentwickelten Volkswirtschaften nicht zu nachteiligen Folgen (zum Beispiel Hungerkatastrophen) in Entwicklungsländern führen.

Schlussfolgerungen

Die Umweltschutzdiskussion wird heute vorwiegend in Ländern mit hochentwickelten Volkswirtschaften geführt. Die meisten Entwicklungsländer weigern sich, auf ein Wachstum ihrer Volkswirtschaft zu verzichten. Das weltweite Verteilungsproblem ist angesichts der zu zwei Dritteln hungernden Menschheit noch nicht gelöst. Im Gegenteil führt die Bevölkerungsexplosion in den meisten Entwicklungsländern noch zu einer Ausweitung der Diskrepanz zwischen armen und reichen Ländern. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb gerade die hochentwickelten und (deshalb) umweltbelastenden Länder wirtschaftlich im bisherigen Sinn noch weiter expandieren sollen. Eine solche Wirtschaftspolitik wird heute zum Beispiel in der Schweiz verfolgt.

Eine rasche Umorientierung zugunsten einer umweltfreundlichen Wirtschaftspolitik hätte wirtschaftliche Engpässe und Anpassungsfriktionen zur Folge, auf welche weder Ökonomie noch Politik vorbereitet sind. Es ist Sache der Wissenschaft, auf diese möglichen Schwierigkeiten hinzuweisen und alle Aspekte zu erforschen.

Die wissenschaftliche Sorgfaltspflicht verlangt eine eingehende Analyse der ökologischen Entwicklung unseres Planeten, der Kontinente, Meere und Länder bis hinunter zu den Ökosystemen. Aufgrund der so gesammelten Erkenntnisse ist es dann auch Aufgabe der Ökonomie, umweltgerechte Massnahmen zur wirtschaftlichen Zielerreichung zu erforschen und aufzuzeigen. Alternativen sind mit allen Folgen darzulegen.

Aus dem ökologischen Blickwinkel ist somit eine umweltgerechte Ökonomie möglich. Es wäre zu bedauern, wenn die Ökonomie diese interdisziplinären Aufgaben nicht erkennen und deshalb nicht vermehrt bearbeiten würde.

Literaturverzeichnis

Bombach, Gottfried, Planspiele zum Überleben, Mitteilungen der LIST-Gesellschaft, 8 (1973), 1., S. 3–16. – *Forrester, Jay W.*, Der teuflische Regelkreis, Stuttgart 1972. – *Frey, Bruno S.*, Optimales Wachstum – Übersicht und Kritik, «Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik», 184 (1970), 1., S. 9–30. – *Frey, Bruno S.*, Umweltökonomie, Göttingen 1972. – *Fritsch, Bruno*, Wirtschaftswachstum und

Ökologie, NZZ vom 17. Dezember 1972. – *Glastetter, Werner*, Wachstumskonzeption und politische Ökonomie, Köln 1971. – *Goldsmith, Edward, Allen, Robert*, Planspiel zum Überleben, Stuttgart 1972. – *Hanusch, Horst*, Theorie des öffentlichen Gutes, Göttingen 1972. – *Kapp, K. William*, Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen/Zürich 1958. – *Keynes, John Maynard*, The General Theory of Employment, Interest and Money, London-New York 1936. – *Kneschaurek, F.*, Entwicklungsperspektiven der schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahre 2000. Bericht II: Gesamtwirt-schaftliche Entwicklungsperspektiven, St. Gallen 1970. – *Kneschaurek, F.*, Wachstum als Voraussetzung einer wirksamen Umweltpolitik? in: Umweltpolitik in Europa, Frauenfeld 1973, S. 47–71. – *Maystre, Y.*, Le génie de l'environnement, un enseignement transdisciplinaire, Bulletin technique de la Suisse romande, 99 (1973), 6., S. 78–82. – *Meadows, Dennis*, Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972. – *Schroeder, Dieter*, Wachstum und Gesellschaftspolitik, Prognos-Studien Nr. 4, Stuttgart 1971.

LUKAS F. BURCKHARDT

Möglichkeiten schweizerischer Kulturpolitik im Ausland

I.

Im Jahresbericht des Politischen Departements für 1972 finden sich unter dem Titel Kulturelle Angelegenheiten folgende allgemeine Ausführungen:

«Auf dem Gebiet der Pflege der kulturellen Beziehungen mit dem Ausland ist vieles in Bewegung. Einerseits verdichteten sich die Bindungen zwischen den künstlerisch und kulturell Schaffenden in den hochentwickelten Ländern, wobei der schöpferischen Privatinitiative eine ständig wachsende Bedeutung zukam. Anderseits wuchs das gemeinsame Bedürfnis nach einem besseren Verständnis der andersartigen Kulturen in der gesamten übrigen Welt, wobei initiative Vertreter der Geisteswissenschaften mit ausgeprägter Einfühlungsgabe eine eigentliche Pionierrolle erfüllten. Solchen Kräften als Vermittler zu dienen, ist eine Aufgabe der Kultursektion des Politischen Departements und unserer Aussenposten, eine Arbeit, die sich weitgehend auf Neuland bewegt und daher auf lange Sicht angelegt ist.»